



Ausgabe: Oktober 2020

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	3
2.1 Bundesgericht	3
2.2 Kantonale Entscheide	3
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	4
3. Neue Volksinitiativen	4
4. Publikationen	5
5. Call for Papers	6
6. Dokumentation und Kontakt	6



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»



01.10.2020

«Man würde der SVP ein Geschenk machen» – Pierre-Yves Maillard kämpft gegen ein Rahmenabkommen mit der EU: Wer einen starken Service public wolle, müsse es in dieser Form ablehnen. Der Gewerkschaftschef sieht sich trotzdem als Internationalist. ([Link](#))



02.10.2020

Der Abbau direktdemokratischer Rechte ist tabu, der Ausbau scheint willkommen – Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt hat das Parlament im Rahmen der Covid-19-Gesetzgebung die Hürden für Referenden gesenkt. ([Link](#))



05.10.2020

Wie Coop mehr Mitsprache für Konsumenten verhinderte – Eine Gruppe Aktivistinnen wollte den Regionalrat der Coop-Genossenschaft demokratisieren. Doch dann bekam das Unternehmen im letzten Moment Wind von «Projekt C». ([Link](#))



06.10.2020, S. 18

Stimmrechtsalter 16? Es gibt gute Gründe dagegen – Hinter der Forderung nach einer Senkung des Stimmrechtsalters steht der irrige Glaube, höhere politische Partizipation bedeute automatisch eine bessere Demokratie. ([Link](#))



12.10.2020, S. 19

Dürfen Kirchen in Abstimmungskämpfen alles? – Das Engagement der öffentlich-rechtlichen Kirchen für die Konzernverantwortungsinitiative hat eine Kontroverse ausgelöst. Der Abstimmungskampf wäre eine Gelegenheit, um die Rechtslage durch das Bundesgericht klären zu lassen. (Gastkommentar von Prof. Dr. Andreas Glaser) ([Link](#))



14.10.2020, S. 18

Es gibt keine guten Gründe gegen das Stimmrechtsalter 16 – In der Demokratie ist eine Diskussion über Alterslimiten durchaus gerechtfertigt und wichtig. Bezüglich der politischen Beteiligungsrechte sollte die Demokratie im Zweifel zugunsten der Inklusion entscheiden. ([Link](#))



23.10.2020, S. 18

Es geht um Grösseres – Kirchen müssen zur Konzernverantwortungsinitiative Stellung beziehen – Im schweizerischen Staatskirchenrechtssystem ist die Verzahnung zwischen Kirche und Politik eng. Ob man aus rechtlicher oder theologischer Sicht argumentiert: Die Kirchen dürfen nicht nur, sie müssen sich in die politische Kampfarena begeben. (Gastkommentar von Prof. Dr. Markus Müller) ([Link](#))



2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 9. September 2020 ([1C_555/2019](#))

Kommunale Volksinitiative "Schuldenbremse zur Sicherung eines ausgeglichenen Finanzhaushalts der Stadt Aarau" – Einhaltung der Frist für eine Stimmrechtsbeschwerde – Das Bundesgericht heisst die Beschwerde gut.



Urteil des Bundesgerichts vom 9. September 2020 ([1C_556/2019](#))

Kommunale Volksinitiative "Schuldenbremse zur Sicherung eines ausgeglichenen Finanzhaushalts der Stadt Aarau" – Einhaltung der Frist für eine Stimmrechtsbeschwerde – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.



Urteil des Bundesgerichts vom 5. Oktober ([1C_147/2020](#)) (franz.)

Umsetzung der kommunalen Volksinitiative „Pour un développement cohérent et responsable des Grands Esserts“ – Verletzung von Art. 34 BV – Das Bundesgericht tritt mangels Rechtsschutzinteresse nicht auf die Beschwerde ein.



Urteil des Bundesgerichts vom 13. Oktober 2020 ([1C_543/2020](#))

Volksabstimmung über die „Begrenzungsinitiative“ – Es wird eine Irreführung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Abstimmungsbüchlein gerügt – Das Bundesgericht tritt wegen Nichteinhaltung der Frist nicht auf die Beschwerde ein.

2.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Verwaltungsgerichts Graubünden vom 6. August 2020 ([V 20 2](#))

Beschwerde gegen einen Gemeinderatsbeschluss, eine Urnenabstimmung anstatt eine Gemeindeversammlung durchzuführen, teilweise gestützt auf die Covid-19-Verordnung 2 des Bundesrates – Gerügt wird eine Verletzung der Gemeindeverfassung – Das Verwaltungsgericht weist die Beschwerde ab.



Urteil des Kantonsgerichts Genéve vom 25. August 2020 ([ATA/792/2020](#))

Verteilung der Kommissionssitze des Gemeinderates der Stadt Genéve – Es wird eine Verletzung des parlamentsinternen Reglements geltend gemacht – Das Kantonsgericht tritt mangels tauglichem Anfechtungsobjekt nicht auf die Beschwerde ein.



Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 18. September 2020 ([VB.2020.00500](#))

Stimmrechtsbeschwerde gegen einen Gemeindeversammlungsbeschluss der Gemeinde Fällanden – Das Vorbringen des Beschwerdeführers erfolgte fristgerecht und erweitert den Streitgegenstand nicht – Das Verwaltungsgericht heisst die Beschwerde teilweise gut.



Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 22. Oktober 2020 ([AN.2020.00011](#))
Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie durch den
Regierungsrat – Eingriff in die Grundrechte der Beschwerdeführenden – Das Ver-
waltungsgericht weist die Beschwerde ab.

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([14](#)) (+1)
- In Auszählung ([0](#)) (-2)
- Beim Bundesrat hängig ([7](#)) (+1)
- Beim Parlament hängig ([8](#)) (-1)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([5](#)) (+2)



Einfacher Bundesbeschluss vom 25. September 2020

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine Schweiz ohne synthetische Pesti-
zide“ wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Das Parlament empfiehlt
die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2020 7637](#))



Einfacher Bundesbeschluss vom 25. September 2020

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nah-
rung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-
Einsatz“ wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Das Parlament emp-
fiehl die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2020 7635](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 6. Oktober 2020

Die Eidgenössische Volksinitiative „7500 Franken an jede Person mit Schweizer
Bürgerrecht (Helikoptergeld-Initiative)“ hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammel-
frist läuft bis am 20. April 2022. ([BBI 2020 8426](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 14. Oktober 2020

Die Eidgenössische Volksinitiative „Gegen die Verbauung unserer Landschaft
(Landschaftsinitiative)“ ist mit 104 487 gültigen Unterschriften zustande gekommen.
Die Initiative möchte die Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet auf Verfas-
sungsstufe festlegen.² Ausserdem soll in den Nichtbaugebieten die bebaute Ge-
samtfläche grundsätzlich auf dem heutigen Stand belassen werden und es sollen
nur neue Bauten errichtet werden dürfen, wenn diese aus landwirtschaftlichen oder
anderen gewichtigen Gründen standortgebunden sind.³ ([BBI 2020 8430](#))

¹ Stand 31.10.2020.

² Art. 75c Abs. 1 nBV.

³ Art. 75c Abs. 2 lit. a nBV.



Verfügung der Bundeskanzlei vom 15. Oktober 2020

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)“ ist mit 107 885 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Sie fordert einen verstärkten Schutz von schutzwürdigen Objekten und Flächen zur Bewahrung der Biodiversität und des baukulturellen Erbes. ([BBI 2020 8588](#))

4. Publikationen



BLATTNER CHARLOTTE E./FASEL RAFFAEL N., Grundrechte jenseits der «anthropologischen Schranke»? , Die Primateninitiative im Lichte des wegweisenden Urteils des Verfassungsgerichts Basel-Stadt, in: *sui generis* 2020, S. 413 ff. ([Link](#))



GLASER ANDREAS/GFELLER KATJA, Das Ringen des Parlaments um mehr Macht, Rückschlag infolge der Corona-Pandemie?, in: *Jusletter* vom 5. Oktober 2020 ([Jusletter](#))



STEINMANN GEROLD, Verwaltungsgericht Aargau, 2. Kammer, 28. August 2019, WBE.2019.238 (Entscheidbesprechung), in: *ZBI* 121/2020, S. 564 ff. ([Swisslex](#))



TSCHANNEN PIERRE, Politische Rechte, in: TSCHENTSCHER AXEL/SPRECHER FRANZISKA/LIENHARD ANDREAS/TSCHANNEN PIERRE/ZELLER FRANZ, Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2019 und 2020 (2/2: VI. – VII.), in: *ZBJV* 156/2020, S. 574 ff. ([Swisslex](#))



WYSS DAMIAN/HERZOG MICHA, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, Urteil [1C_662/2019](#) vom 10. Juni 2020, JUSO Kanton Zürich, JUSO Stadt Zürich, Leandra Columberg und Nicola Siegrist gegen Regierungsrat des Kantons Zürich, Wahl- und Abstimmungsfreiheit (Entscheidbesprechung), in: *AJP* 2020, S. 1327 ff. ([Swisslex](#))



ZANDIRAD DAVID, L'initiative populaire « Oui à l'interdiction de se dissimuler le visage », Une interprétation à l'aune du Covid-19, in: *Jusletter* vom 5. Oktober 2020 ([Jusletter](#))



5. Call for Papers



*Frauen*wahlrecht und Demokratie: Mechanismen des (Un)Rechts*

Im Jahr 2021 können die Schweizerinnen auf 50 Jahre politische Rechte zurückblicken. Dieser Demokratieakt gibt Anlass zu feiern. Die Geschichte des Unrechts, das an Frauen begangen wurde, soll auch analysiert und hinterfragt werden. Es interessieren die Mechanismen, die dazu geführt haben, dass es so lange bis zur Einführung des Frauen*stimm- und -wahlrechts auf nationaler Ebene gedauert hat. Zu diesem Zweck organisiert das Schweizerische Institut für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law (FRI) am 9.-11. September 2021 eine Konferenz an der Universität Freiburg, zu der es Sie einlädt, im Rahmen eines Call for Papers teilzunehmen: Abstract v. 2000 Zeichen bis 30. November 2020. ([Ausschreibung](#))

6. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
lst.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley
Dr. iur. Michael Helbling